

Initiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

Vom fürsorglichen zum befähigenden Staat

Im nächsten Frühjahr wird eine Volksinitiative lanciert, die zum Ziel hat, das existierende Erwerbs- und Sozialhilfesystem über ein garantiertes Basiseinkommen zu verbessern.

Von Daniel Häni. Er ist Unternehmer in Basel und Mitbegründer der «Initiative Grundeinkommen».

– Menschen arbeiten gewöhnlich, um einen Lohn zu erhalten, über den sie – nach der Arbeit – «frei» verfügen können. Sie sind gewissermassen unfrei in der Arbeit, aber frei in der Verwendung des Lohns. Diese Schizophrenie entstand vor rund 150 Jahren und mit ihr die Geschichte der Freizeit. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens geht nun den nächsten Schritt im Verständnis von Freiheit und fragt: Wäre es nicht intelligenter und für alle besser, die Existenzsicherung bedingungslos zu machen? Ist es nicht an der Zeit, Freiheit und Selbstverantwortung mehr in die Arbeit zu bringen, indem Arbeit und Einkommen ein Stück weit entkoppelt werden? Durch die Schaffung einer «Bedingungslosigkeit der Existenz» könnten die Menschen souveräner entscheiden, welche Arbeit sie tun wollen. Sie könnten sich besser mit ihrer beruflichen Tätigkeit identifizieren und deshalb bessere Ergebnisse erzielen.

Das Grundeinkommen ist ein wirtschaftliches Bürgerrecht. Alle rechtmässig in der Schweiz lebenden Menschen erhalten es, Kinder abgestuft nach Alter. Es soll die Existenz sichern und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Im Sinne einer Diskussionsgrundlage spricht die «Initiative

«Was würden Sie arbeiten, wenn für Ihr Einkommen gesorgt wäre?»

www.initiative-grundeinkommen.ch

Grundeinkommen» von 2500 Franken monatlich. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen werden im Prinzip keine neuen Kosten generiert, sondern bestehende Einkommen ersetzt. Ein Beispiel: Bei einem Monatslohn von 7500 Franken sinkt das Erwerbseinkommen durch das Grundeinkommen auf 5000 Franken. Zusammen mit dem Grundeinkommen von 2500 Franken aber bleibt das Gesamteinkommen gleich.

Alle Grundeinkommen in der Schweiz ergeben eine Summe von aufgerundet 200 Milliarden Franken. Dabei stellt sich die Frage, wie diese Summe transferiert werden kann. Wohl kaum wie bei der AHV über eine obligatorische Versicherungszahlung oder über die Besteuerung der hohen Einkommen. Denn beides würde die Erwerbsarbeit unsinnig verteuern und wäre auch aus demografischen Gründen nicht

möglich. Unsere Prognose ist, dass sich der grösste Teil des Steuerwesens in den nächsten zwei Jahrzehnten auf die Mehrwertsteuer verschieben wird. Dafür gibt es nebst der Demografie viele weitere Anzeichen, etwa den Umstand, dass die Steuern und Abgaben bereits heute in die Preise eingerechnet werden.

Das Grundeinkommen kann so direkt als Konsumsteuer transferiert werden, das heisst als Mehrwertsteuer auf den Konsum erhoben und als Steuerfreibetrag der Mehrwertsteuer an alle gleich und gerecht ausbezahlt werden. Das ist das realistischste Szenario und ein einfaches System.

Mehr Beratung, weniger Kontrolle

Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV), Sozialämter oder auch die Berufs- und Laufbahnberatung werden mit dem bedingungslosen Grundeinkommen nicht überflüssig. Wer eine Erwerbsarbeit sucht, wird auch in Zukunft Beratung in Anspruch nehmen wollen. Die Abklärung des Potenzials und der Arbeitsmarktchancen sowie die Stellenvermittlung bleiben ein Bedürfnis. Der Akzent würde sich jedoch von der Kontrolle vermehrt hin zur Beratung verlagern. Auch die Berufs- und Laufbahnberatung erhielte eine neue Funktion. Im Vordergrund könnten mehr die Bedürfnisse, Fähigkeiten und Impulse der Ratsuchenden stehen.

Das Gleiche trifft auch für die Sozialhilfe zu. Sie bestünde weiterhin, könnte sich aber vermehrt auf Lebenshilfe konzentrieren. Menschen in schwierigen Situationen benötigen nicht nur Geld, sondern auch Beratung und Zuwendung. Zudem ist zu vermuten, dass auch die freiwillige Hilfe im Familien- und Freundeskreis zunähme, ganz einfach deshalb, weil man es sich besser leisten könnte. Generell gilt: Auf der Basis des bedingungslosen Grundeinkommens wird der fürsorgliche Staat stärker zum befähigenden Staat.

Im nächsten Frühjahr wird die «Initiative Grundeinkommen» eine Volksinitiative lancieren. Das Thema bewegt, meldeten sich doch zu einem Kongress letzten Frühling in Zürich innert kurzer Zeit und nur über Internet-Bekanntgabe über 600 Interessierte. Im Wissen darum, dass das bedingungslose Grundeinkommen nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, will die Volksinitiative den öffentlichen Diskurs beleben und versteht sich als Kulturimpuls. —